

Damit sich alle Bad Vilbel leisten können!



Wohnen	Seite 2
Soziale Gerechtigkeit	Seite 4
Mobilität	Seite 5
Klima	Seite 6
Kultur	Seite 7
Öffentliche Einrichtungen	Seite 7
Bürgerbeteiligung	Seite 8

Vorwort – dafür steht Die Linke

Die Linke steht für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir, demokratische Sozialist*innen, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Personen aller Geschlechter, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen.

Wir verfolgen ein konkretes Ziel:

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

Demokratischer Sozialismus

Am Ende des 19. Jahrhunderts vertraten die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften den demokratischen Sozialismus. Durch schrittweise Veränderungen sollten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und damit die Lebensbedingungen der Menschen verbessert werden. Keiner

sollte mehr über andere Menschen Macht ausüben, wenn er nicht demokratisch gewählt war. Aus dieser Bewegung ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die SPD, hervorgegangen.

Wir wollen die neuen Möglichkeiten der Wissensaneignung, des kulturellen Austauschs und der Kommunikation für eine lebenswerte Zukunft nutzen. Rechts- und Sozialstaatlichkeit wollen wir ausbauen, damit Personen aller Geschlechter souverän über ihre Arbeits- und Lebenszeit entscheiden können, Chancen der Beteiligung, der Bildung, des sozialen Füreinander ergreifen können.

Grenzenloser Reichtum für die oberen Zehntausend, Entwürdigung für immer mehr Arme und sinkender Wohlstand für die große Mehrheit sind nicht Ergebnis der Internationalisierung von Produktion und Handel, sondern des globalen Kapitalismus. Die Konsequenzen für Deutschland sind allgegenwärtig: ein wachsender Niedriglohnsektor, Arbeitsplatzvernichtung, Abbau von sozialen Leistungen, verarmte Kommunen, fehlende Ausbildungsplätze, soziale Bildungsprivilegien, Zwei-Klassen-Medizin, alte Menschen in Armut oder ohne menschenwürdige Pflege. Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist. Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Gemeinsam mit Bürger*innen in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen .

Wohnen

- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**
- **Die Linke in Bad Vilbel macht sich ganz klar stark für bezahlbaren Wohnraum und setzt das Thema ganz oben auf ihre Agenda!**

In Bad Vilbel herrscht ein extremer Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen.

Seit Jahren werden in Bad Vilbel verfügbare Grundstücke von Bauträgern mit teuren Eigentumswohnungen und Häusern bebaut.

Mitbürger*innen, die sich ehrenamtlich engagieren, beispielsweise bei der Feuerwehr, müssen wegen der horrenden Mieten und Wohnungsknappheit weiter wegziehen und stehen somit für einen Einsatz vor Ort in Bad Vilbel nicht mehr zur Verfügung.

Auf absehbare Zeit wird es Kindergärten treffen, die keine Erzieher*innen mehr finden, weil diese die Mieten in Bad Vilbel nicht zahlen können.

Wir fordern die Einführung der Grundsteuer C, als lenkenden Hebesatz auf unbebaute, aber bereits baureife Grundstücke in bestehenden Siedlungsflächen, die als Kapitalanlage gehalten werden, ohne darauf zu bauen.

Dies hätte die Effekte, Spekulationen mit diesen Grundstücken einzudämmen und sie für Wohnbebauung mit bezahlbaren Wohnungen, zu mobilisieren.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadtwerke der Stadt Bad Vilbel finanziell so ausgestattet werden, dass sie den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum decken kann.

Denkbar ist dieses durch den Effekt einer Einführung der Grundsteuer C und den Erlös für den Verkauf des Grundstückes für den Bau des beschlossenen Rechenzentrums.

Für Bauprojekte fordern wir einen Anteil an Sozialwohnungen von 30 Prozent und Bindungsfristen von mindestens 15 Jahren. Außerdem sollte die Stadt Bad Vilbel Maßnahmen gegen die Verdrängung von Mietern wegen Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen ergreifen.

Wir werden uns dafür stark machen, dass Bad Vilbel einen qualifizierten Mietspiegel etabliert, als wichtiger Beitrag zur Markttransparenz, zu sozialem Frieden und mehr Gerechtigkeit.

Denn, liegt ein qualifizierter Mietspiegel für die betreffende Kommune vor, müssen sich Vermieter bei Mieterhöhungen nach ihm richten. Auch in Hinblick auf Neuvermietungen ist er bindend. Hier darf die Miete höchstens 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

Bad Vilbel mit etwa 37.000 Einwohner*innen, sollte dies, als freiwillige Leistung für ihre Bürger*innen leisten wollen, wie es für Kommunen mit über 50.000 Einwohner*innen verpflichtend ist.

Mit Hilfe Ihrer Stimme können wir uns in Bad Vilbel beteiligen an der "Mieten Notstands Kampagne", die unsere Bundespartei unter dem Motto "Sicher wohnen, statt Mietabzocke" gestartet hat, nachdem die Regierungsparteien am 06.11.2025 einen Antrag unserer Bundespartei abgelehnt haben, der illegal hohe Mieten in Deutschland beenden sollte.

Wir sind der Überzeugung, dass das „Viernheimer Modell“ geeignet ist für die Stadt Bad Vilbel.

Die Stadt Viernheim hat mit dem Projekt "Vermiete doch an Deine Stadt", Start vor 10 Jahren, eine Erfolgsgeschichte geschrieben.

Das Konzept ist mittlerweile von anderen Kommunen übernommen worden. Darunter sind Lampertheim, Weinheim und eine Zahl weiterer Städte und Gemeinden, die das so oder ähnlich umgesetzt haben.

Die Stadt mietet Wohnungen an und vergibt sie an Untermieter*innen, die auf dem Markt chancenlos sind. Die Verwaltung überweist an die Eigentümer*innen die ortsübliche Miete.

Soziale Gerechtigkeit

- Stärkere Finanzierung des Friedberger Frauenhauses
- Konzeptentwicklung zur besseren Jobvermittlung für Migrant*innen
- Schutzräume und Beratungsangebote für Frauen und Minderheiten
- Diskriminierungsfreie Begegnungsstätten, auch als Fluchtmöglichkeit im Falle von Übergriffen
- mehr Beratungsangebote, auch für ältere Personen
- Genderneutrale und familienfreundliche Toiletten, Umkleiden und Duschen

Soziale Gerechtigkeit heißt Teilhabe für alle — unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder sozialer Lage.

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung sind die ungleichen Chancen zwischen verschiedenen Geschlechtern nicht aufgehoben. Sexuelle, körperliche und psychische Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weit verbreitet. Vielfach findet Gewalt im häuslichen Umfeld statt. Es muss eine öffentliche Aufgabe sein, den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten. Zurzeit sind überall Frauenhäuser unterfinanziert und überbelegt.

Wir fordern daher eine stärkere Beteiligung der Stadt Bad Vilbel an der Finanzierung des Frauenhauses Friedberg.

Gleichberechtigung aller Lebensweisen ist für uns selbstverständlich. Insbesondere der zunehmenden Gewalt gegen Frauen und gegen Minderheiten wie Migrant*innen, queeren Personen usw. wollen wir entgegenwirken.

Daher fordern wir die Einrichtung von Schutzräumen und Beratungsangeboten für diese Personengruppen. Vor allen auch für ältere Personen fehlt es hieran, daher setzen wir uns für mehr Beratungsangebote für ältere Personen ein.

Weiterhin fordern wir eine Konzeptentwicklung zur Integration von Migrant*innen für die Eingliederung in eine Erwerbstätigkeit. Dazu erwarten wir von der Stadt Vilbel eine Unterstützung und Zusammenarbeit mit Gewerbetreibenden und eine Jobvermittlung mit dem Ziel, den Migrant*innen eine Arbeit mit fairen Löhnen zu ermöglichen.

Wir fordern öffentliche, barrierefreie, genderneutrale und familienfreundliche Toiletten, Umkleiden und Duschen. Insbesondere sollte die Stadt Bad Vilbel beim Bau des neuen Schwimmbades darauf einwirken, diese Maßnahmen zu berücksichtigen.

Mobilität

- Mehr Mobilität für alle, bezahlbar und klimagerecht

Wir, von der Linken Bad Vilbel, setzen unseren Fokus auf nachhaltige Mobilität. Unser Ziel ist es, allen Menschen Zugang zu kostengünstiger, flächendeckender, sozialer und ökologisch nachhaltiger Mobilität zu ermöglichen. Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf die Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs.

- Einen zuverlässigen, kostengünstigen und bezahlbaren ÖPNV

Unsere konkreten Verbesserungsvorschläge für den ÖPNV sind eine bessere Taktung und höhere Effizienz des Vilbusses, damit er zu einer echten Alternative zum Auto wird.

Da der Bus von den Stadtwerken betrieben wird und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, fordern wir eine kostenlose Beförderung für Alle bis zum 18. Lebensjahr sowie ab dem 65. Lebensjahr; außerdem soll der Vilbus für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende kostenfrei sein.

Unser langfristiges Ziel ist ein vollständig kostenfreier Vilbus, um Mobilität für alle zu ermöglichen. Darüber hinaus fordern wir eine bessere Taktung der Buslinie 30 in beiden Richtungen zur S-Bahn, insbesondere zur Verbesserung des Pendelverkehrs aus Richtung Friedberg in den Frankfurter Norden und zur Verringerung von Staus auf der Kasseler Straße in den Stoßzeiten.

Ein zentrales Ziel für die Anbindung nach Frankfurt ist der Bau einer **Straßenbahn**.

Wir fordern den schnellstmöglichen Bau einer Straßenbahnverbindung nach Frankfurt, um auch Verbindungen jenseits von 45 Minuten zuverlässig zu gewährleisten und den Frankfurter Norden besser anzubinden.

Außerdem sprechen wir uns für die Reaktivierung des Expressbusses nach Offenbach (X97) aus, da die derzeitigen Verbindungen nach Offenbach (z. B. S6 mit Umsteigen oder Bus 551) sehr lange Fahrzeiten haben.

- Sicherer Radverkehr ohne Abstriche

Die Frankfurter Straße soll möglichst autofrei werden, damit die Einkaufsstraße als Erlebnisraum und sozialer Treffpunkt erhalten bleibt (Lieferverkehr, Anwohner*innen und Sonderereignisse ausgenommen). Wir schlagen Ausweise für Anwohner*innen vor, welche ihnen die Durchfahrt ermöglichen.

Für den Radverkehr möchten wir, dass Bad Vilbel ein Radwegenetz erhält, das dem Standard niederländischer Städte nahekommt. Deshalb wollen wir den Radwegeausbau weiter vorantreiben,

Konfliktpunkte mit dem Autoverkehr und dem Fußverkehr vermeiden und uns an bereits erfolgreichen Radwegekonzepten orientieren, um Planungsfehler und Gefahrenstellen zu verhindern.

Jeder Schulweg soll mit dem Fahrrad erreichbar sein; ein durchgängiges, sicheres Radwegenetz ist wichtig, um Kinder autonom und geschützt mobil zu machen, die Zahl der Elterntaxis zu reduzieren und selbstständige Mobilität zu stärken.

Wir setzen uns außerdem für den FRM6 (Radschnellweg durch die Wetterau) ein, um schnelle Verbindungen für Radfahrende zu schaffen. Langfristig soll Bad Vilbel möglichst autoarm gestaltet werden, indem ÖPNV und Radwegenetz bestmöglich ausgebaut werden.

Beim Autoverkehr legen wir den Fokus auf das bereits vorhandene Carsharing-Angebot in Bad Vilbel; dieses soll langfristig vollständig elektrifiziert werden und eine verlässliche Alternative für gelegentliche Autofahrten bieten.

Neue E-Ladesäulen sollen von Anfang an barrierefrei gebaut werden, damit ihre Nutzung allen Menschen möglich ist.

Klima

- Wir nehmen den Klimawandel ernst.

Wir, von Die Linke Bad Vilbel, setzen uns für eine klimagerechte und klimaangepasste Stadt ein. Unsere Maßnahmen sollen sozial gerecht und bürgernah umgesetzt werden.

Wir fordern die Implementierung einer Schwammstadt, um zukünftig gegen Fluten und Starkregenereignisse gewappnet zu sein. Dazu gehören insbesondere die Begrünung und Entsiegelung von Flächen sowie die Wiederherstellung natürlicher Versickerungsräume. Wie bereits im Kapitel Mobilität beschrieben, wollen wir eine nachhaltige und umweltfreundliche Mobilität ermöglichen.

Zudem setzen wir uns für einen verbesserten Hochwasserschutz ein, um flussnahe Gebiete zu schützen. Renaturierungsmaßnahmen halten wir für sinnvoll und möchten deren Umsetzung unterstützen.

Wir fordern einen Hitzeschutzplan, damit die Stadt auch bei zunehmend heißen Sommern gut vorbereitet ist. Dieser Plan soll die Einrichtung von Hitzeschutzräumen und Maßnahmen zur Vermeidung von städtischen Wärmeinseln explizit enthalten. Außerdem möchten wir Projekte im Bereich Stadtbegrünung fördern.

Eine weitere wichtige Veränderung fordern wir im Bereich des Strommixes: Der Basistarif bei den Stadtwerken soll standardmäßig mit Ökostrom versorgt werden, sodass jeder neue Vertrag automatisch einen Beitrag zu einem grünen Strommix leistet.

Wir vermissen die Sichtbarkeit des von der Stadt Bad Vilbel beauftragten und im Rahmen eines Förderprogramms eingestellten Klimamanagers und seiner Projekte.

Kultur

- **Förderung von Kultur auch für Menschen mit geringem Einkommen**
- **Einführung einer "Vilbel Card"**
- **Kostenloser Bibliotheksausweis für alle unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, Mitbürger*innen über 65 Jahren und Geringverdiener*innen (Sozialhilfeempfänger*innen)**

Wir setzen uns für die Teilhabe Bad Vilbeler Bürger*innen mit geringem Einkommen an kulturellen Veranstaltungen, ein.

Es kann nicht sein, dass ein Besuch der „Vilco“ oder der „Burgfestspiele“ für Bad Vilbeler Bürger*innen unerschwinglich ist.

Wir machen uns stark für die Einführung einer "Vilbel Card" für Bad Vilbeler Bürger*innen über 65 Jahre sowie Geringverdiener*innen und Sozialhilfeempfänger*innen.

Die „Vilbel Card“ soll zu verringerten Eintrittspreisen für Freibad, Vilco, Burgfestspiele, Kino Alte Mühle, Musikschule und Ausleihen in der Stadtbibliothek berechtigen.

Ebenso soll für alle Bad Vilbeler unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, Mitbürger*innen über 65 Jahren, Geringverdiener*innen und Sozialhilfeempfänger*innen der Bibliotheksausweis kostenlos werden.

Öffentliche Einrichtungen

- **Schaffung konsumfreier, öffentlicher Räume**
- **Ein bezahlbares Hallenbad**

Bad Vilbel verfügt kaum über konsumfreie, öffentliche Räume, die für alle Bevölkerungsgruppen offen zugänglich sind.

Ziel solcher „konsumfreien, öffentlichen Räume“ ist es, Austausch und Begegnungen zu fördern sowie Vereinsamung entgegenzuwirken, auch und insbesondere als Ort für weniger zahlungskräftige Menschen, die ihre Ausgaben sehr im Blick behalten müssen.

Dies kann vom Treffpunkt im Kurpark, gestaltet mit Bänken in U-Form unter Schatten spendenden Bäumen bis hin zu extra konzipierten Angeboten reichen. Vor allem in Winterhalbjahr und bei schlechtem Wetter fehlen geschlossene konsumfreie, öffentliche Räume. Ein abgetrennter Teil in der Stadtbibliothek beispielsweise könnte so ein Raum sein.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass in Bad Vilbel konsumfreie, öffentliche Räume geschaffen werden!

Wir fordern den zügigen Bau eines bezahlbaren Hallenbades als öffentliches Angebot für Gesundheit, Teilhabe und Stärkung der sozialen Kontakte.

Bürgerbeteiligung

- Wir setzen uns für echte Bürgerbeteiligung ein!

Die Bürger*innen Bad Vلبels bringen sich politisch unter anderem in Form von Petitionen ein, so zu dem geplanten Rechenzentrum oder der Rettung eines Berg-Ahorns in der Max-Planck-Straße, um ein paar Beispiele zu nennen.

Diese Petitionen wurden auf Plattformen gestartet, welche die Stadt nicht akzeptiert.

Petitionen, die von der Stadt akzeptiert werden, müssen auf „*openpetition.de*“ gestartet werden und ein Quorum von 656 Stimmen erreichen.

Erst dann gelangen sie in den jeweiligen Fachausschuss der Stadtverordnetenversammlung.

Es muss sich in diesem Ausschuss dann eine Partei die Petition „aneignen“.

Diese Partei kann dann im Parlament, sprich in der Stadtverordnetenversammlung, einen Antrag stellen, dass diese Petition eine parlamentarische Handlung erzeugt.

Bisher haben die Parteien Petitionen, die es in einen Ausschuss geschafft hatten, eher nicht angenommen.

Das wollen wir ändern!

Wir setzen uns ein für Bürgerbeteiligung und werden Petitionen so ernst nehmen, wie es in der Verfassung des Landes Hessen, Artikel 16 verankert ist:

„Jedermann hat das Recht, allein oder gemeinsam mit anderen. Anträge oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu richten.“

Damit sich alle, die viel Zeit und Tatkraft investiert haben, um eine Petition zu starten, welche allen Bad Vلبeler Bürger*innen zugutekommt, nicht mit dem Gefühl zurückgelassen werden: „Bringt ja eh nichts!“

Dazu brauchen wir Ihre Stimme!

Wir müssen so viele Stimmen erhalten, dass es für die Bildung einer Fraktion reicht, um in die Ausschüsse, wie oben beschrieben, einzuziehen.

Die Sitze in den Ausschüssen werden proportional zur Stärke der jeweiligen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung verteilt.

Erhalten wir die benötigten Stimmen zur Bildung einer Fraktion nicht, werden wir faktisch keine Fraktion sein und in keinen der Ausschüsse einziehen können, die die Beschlüsse und Empfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung vorbereiten und sich einer Petition annehmen.



V.i.S.d.P.: Alwin Zimmermann
Kreisvorstand DIE LINKE. Wetterau
Usagasse 26
61169 Friedberg